

Antrag

A3NEU12 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragssteller*innen: KjG

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr
3 Hass auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen.

7 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
8 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
9 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
10 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
11 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
12 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
13 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
14 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
15 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

16 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
17 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

18 **~~Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, -Personen- und~~**
19 **~~Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem~~**
20 **~~rechte und rechtspopulistische Ideologien.~~**

21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine
24 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von
25 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns
26 selbstverständlich.

27 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
28 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
29 gegen Demokratiefreundlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
30 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
31 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen.**

Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ

- **Position beziehen**

Wir beziehen öffentlich klar Position gegen rechtsextreme Übergriffe und Gewalttaten, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

- **Bildungsarbeit**

Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger Teil einer demokratischen Gesellschaft.

- **Vernetzung**

Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und **Diözesanverbänden** weiter auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot **für sie**, bei dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der anderen erweitert werden **können**. Zudem vernetzt sich der BDKJ **Bundeschvorstand** mit anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, **u.a. mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) und dem Bundesverband Mobile Beratung**, um eine größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die U18/ U16-Wahlen des DBJR.

- **Wir wählen! NICHT die AfD**

Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische Jugendverbänder*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei

74 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
75 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
76 unvereinbar.

77 **Forderungen an die Politik**

78 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
79 und gegen Angriffe **aus dem rechtsextremen Spektrum** zu verteidigen, fordern wir
80 von der Politik:

- 81 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**
82 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
83 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
84 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
85 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
86 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
87 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
88 und **deren nachgeordneten Organsationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und
89 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**
90 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.
- 91 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**
92 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
93 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
94 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
95 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
96 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
97 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
98 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
99 und Vorfälle.
- 100 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**
101 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
102 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
103 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
104 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
105 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
106 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
107 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
108 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**
109 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**²
- 110 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer**
111 **Bildung**
112 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur
113 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
114 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
115 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf

116 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
117 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
118 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
119 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. ***Darüber hinaus
120 fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien
121 aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen
122 Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.***

123 • **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**

124 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend
125 in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
126 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
127 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
128 dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus
129 ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

130 ***Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf
131 rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.***

132 ***Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht
133 unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter
134 Umgang mit demokratischen Mitbewerber*innen muss gewahrt bleiben.***

135 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

136 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
137 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
138 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
139 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
140 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
141 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
142 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
143 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
144 schützen.

145 **Forderungen an die katholische Kirche**

146 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

147 • **Reform und Aufarbeitung**

148 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
149 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
150 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
151 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
152 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
153 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
154 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

155 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

156 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
157 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir

158 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
159 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
160 beziehen.

161 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem**
162 **rechte Aktivist*innen involviert sind**

163 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
164 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
165 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
166 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
167 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
168 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
169 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
170 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
171 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

172 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen**
173 **Rechten benennen und bekämpfen**

174 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
175 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
176 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
177 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
178 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
179 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
180 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
181 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

182 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,
183 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und
184 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

185 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
186 Hauptversammlungen 2016 und 2020

187 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**
188 **Hauptausschusses 2024**

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.